Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 07.12.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Ausschuß für Anregungen und Beschwerden	Sitzung am Mittwoch, 5. Dezember 2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr –18:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 24.10.2001- öffentlicher Teil - 783/2001**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 6. Anregung vom 09.10.2001, die Erlaubnis zu erteilen, daß Taxen den von Linienbussen befahrenen Teil des Konrad- Adenauer- Platzes in gleicher Weise nutzen**

können

**Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach
716/2001**

- 7. Anregung vom 29.10.2001 (Eingang), in Höhe des Gebäudes Kempener Str. 110 eine Querungshilfe zu bauen**
Antragsteller: Kersten Brenneiser, Kempener Str. 110, 51467 Bergisch Gladbach, und andere
761/2001
- 8. Anregung vom 08.11.2001, im Bereich des Gebäudes Altenberger- Dom- Str. 52 Parkflächen zu markieren**
Antragsteller: Hans Draga, Josef- Römer- Str. 42, 51469 Bergisch Gladbach
757/2001
- 9. Anregung vom 12.11.2001 zur Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen im Bereich Plackenbruch**
Antragsteller. Dipl. Ing. Günter Klatt, Wilhelm- Klein- Str. 15, 51427 Bergisch Gladbach
768/2001
- 10. Anfragen der Ausschussmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Kassner, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Gegenstand der Beratung ist die Einladung vom 22.11.2001 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie ein ergänzendes Schreiben vom 22.11.2001 zu Punkt 9 des öffentlichen Teiles.

Da die CDU-Fraktion den sachkundigen Bürger Heinrich Hausstätter als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden benannt hat, wird dieser entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung verpflichtet.

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 24.10.2001- öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Nachträglich eingegangene Anregungen nach § 24 der Gemeindeordnung

Herr Dr. Kassner weist auf zwei Anregungen nach § 24 der Gemeindeordnung hin, die verfristet eingegangen sind und daher nicht mehr für die Tagesordnung der heutigen Sitzung berücksichtigt werden konnten:

1. die Anregung der EST-GmbH vom 20.11.2001, für eine bessere Beschilderung im Bereich des Gewerbegebietes Lochermühle zu sorgen,
2. die Anregung von Herrn Jens Walpert vom 25.11.2001 mit gleichem Inhalt.

Beide Vorgänge sind Gegenstand der Sitzung des Ausschusses am 6.3.2002.

Herr Freese weist auf die Gesamtproblematik des Bereiches Lochermühle hin. Obwohl der Hauptausschuß eine Umbenennung in „Strundepark“ abgelehnt habe, plane der Investor des Gewerbeparks die Aufstellung entsprechender Schilder. Er bittet die Verwaltung, in dieser Angelegenheit bereits jetzt tätig zu werden und nicht bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zu warten. Hier müsse gegengesteuert werden.

Herr Dr. Mieke weist darauf hin, daß die Post inzwischen Sendungen für den Bereich Lochermühle mit dem Vermerk „unbekannt verzogen“ zurücksende und nur noch solche überbringe, die in der Adresse die Bezeichnung „Strundepark“ aufführten. Hier sei es die Verpflichtung der Verwaltung, bei der Post vorzusprechen und auf den Willen des Hauptausschusses hinzuweisen.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass der Bauaufsicht ein Bauantrag zur Genehmigung eines großflächigen Hinweisschildes durch den Investor vorgelegt wurde. Eine Zurückweisung nur auf Grund des gewählten Namens sei rechtlich nicht möglich gewesen. In die Baugenehmigung sei allerdings ein Hinweis auf die Beschlußlage des Hauptausschusses zur Namensgebung aufgenommen worden. Gegen diesen habe der Investor Widerspruch eingelegt. Dem Investor sei der Wille der Politik durchaus bekannt. Handele er dagegen, tue er dies bewußt. Die postalische Bezeichnung der verschiedenen Gewerbebetriebe in diesem Bereich sei „Kürtener Straße“, weshalb er für das Verhalten der Post kein Verständnis habe. Die Antragsteller der beiden o. g. Anregungen seien allerdings darauf hinzuweisen, die Adresse Ihres Gewerbebetriebes korrekt in ihren Briefköpfen zu vermerken. Derzeit werde dort die Bezeichnung „Locher Mühle“ verwandt, obwohl dies kein Straßename sei. Die Stadt habe im übrigen in diesem Bereich keine Bezeichnung verändert. Insoweit sollten die Gewerbebetriebe ihren Lieferanten die korrekte Straßenbezeichnung angeben. Er geht davon aus, dass es dann keine Probleme mehr bei der Belieferung gebe.

Herr Kremer rät davon ab, heute die Sachdiskussion zu führen.

Stadtbaurat Schmickler betont nochmals, daß die Verwaltung auf das oben beschriebene Vorgehen des Investors solange keinen Einfluss habe, solange sich dieser keines Verstoßes gegen öffentlich-rechtliche Normen schuldig mache.

Es wird Einvernehmen erzielt, daß die Verwaltung die Anregungen so weit wie möglich bearbeitet und den Antragstellern einen detaillierten Zwischenbescheid übermittelt.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es gibt keine Mitteilungen.

6 Anregung vom 09.10.2001, die Erlaubnis zu erteilen, daß Taxen den von Linienbussen befahrenen Teil des Konrad- Adenauer- Platzes in gleicher Weise nutzen können

Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach

Herr Hoffmann begründet seine Anregung mündlich.

Herr Freese weist darauf hin, dass diese Problematik bereits seit Bestehen der Fußgängerbereiche in der Stadtmitte existiert. Da die Taxifahrer untereinander sehr zerstritten seien, könne die Verwaltung nicht auf ein einheitliches, korrektes Verhalten hinwirken. Die Beschränkung des motorisierten Verkehrs auf Linienbusse sei sinnvoll und solle nicht zu Gunsten des Taxiverkehrs aufgeweicht werden. Man sei den Taxifahrern in der Vergangenheit des öfteren entgegengekommen, was diese nicht mit einem angemessenen Verhalten honoriert hätten. Zudem gebe es inzwischen in der Stadtmitte zwei Taxisstände. Je nachdem, in welche Richtung man fahren wolle, könne man sich als Fahrgast den Stand aussuchen. Unnötige Fahrkosten seien auf diese Weise vermeidbar.

Auch Herr Binding hält es auf Grund des Verhaltens der Taxifahrer nicht für sinnvoll, den Konrad- Adenauer- Platz zu öffnen. Auch ohne eine solche Genehmigung werde der Platz von diesen mitunter befahren. Dies führe im Haltestellenbereich des öfteren zu kritischen Situationen, weil die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht eingehalten werde. Ein Gespräch mit der Taxi- Innung habe ergeben, dass diese nicht in der Lage sei, regelnd einzugreifen.

Herr Dr. Kassner ergänzt, daß in Bergisch Gladbach alle Taxifahrer miteinander konkurrierten.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer betont, dass die Straßenverkehrsbehörde auch durch die Polizei gebeten wurde, keine Freigabe zu erteilen, weil das Verhalten der Taxifahrer absolut inakzeptabel sei. Die Gefährdung für Fußgänger wäre viel zu groß.

Herr Dr. Kassner merkt an, daß die Fahrgäste von den Taxifahrern nicht darüber informiert würden, welcher Taxisstand in der Stadtmitte je nach Fahrziel der Günstigere sei.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung wird zurückgewiesen.

7 **Anregung vom 29.10.2001 (Eingang), in Höhe des Gebäudes Kempener Str. 110 eine Querungshilfe zu bauen**
Antragsteller: Kersten Brenneiser, Kempener Str. 110, 51467 Bergisch Gladbach, und andere

Stadtbaurat Schmickler informiert darüber, daß vor kurzem in etwa zehn Meter Entfernung zur vorhandenen Querungshilfe ein 82-jähriger Passant durch ein Fahrzeug schwer verletzt wurde, weil er die Querungshilfe nicht nutzte. Dieser Unfall sei trotz seiner Tragik nicht geeignet, eine andere Stellungnahme der Bürgermeisterin zur Anregung zu begründen.

Frau Graner interpretiert die Anregung dahingehend, dass die Querungshilfe der Unterbindung von Überholvorgängen dienen solle. Letztendlich könnten PKW das Grundstück Kempener Str. 110 dann gefahrloser verlassen.

Unter Hinweis auf den letzten Absatz der Stellungnahme der Bürgermeisterin bean-

trägt Herr Binding die Vertagung der Entscheidung. Der Ausschuß solle sich mit der Angelegenheit wieder befassen, wenn der Radfahrstreifen in der Kempener Str. markiert wurde.

Herr Freese weist darauf hin, dass der Beschluß zur Anlegung des Radfahrstreifens in der Kempener Str. etwa 15 Jahre alt sei. Es sei wenig sinnvoll, die Entscheidung über die Anregung zurückzustellen, wenn die Maßnahme nicht in Kürze vollzogen werde.

Herr Wolfgarten hält die Einrichtung einer Querungshilfe an der vorgesehenen Stelle für unsinnig. In diesem Bereich hätten alle Grundstückseigentümer die gleichen Probleme. Nach Anlegung des Radfahrstreifens sei die Ausfahrtsituation etwas übersichtlicher.

Stadtbaurat Schmickler geht davon aus, dass die Maßnahme im Frühjahr 2002 vollzogen wird. Insoweit sei eine Vertagung der Entscheidung sinnvoll.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Die Entscheidung über die Anregung wird vertagt.**
2. **Der Vorgang ist wieder in den Ausschuß für Anregungen und Beschwerden einzubringen, wenn der Radfahrstreifen auf der Kempener Str. markiert wurde.**

8 **Anregung vom 08.11.2001, im Bereich des Gebäudes Altenberger- Dom- Str. 52
Parkflächen zu markieren**
Antragsteller: Hans Draga, Josef- Römer- Str. 42, 51469 Bergisch Gladbach

Frau Graner weist darauf hin, dass der Geh- und Radweg im fraglichen Bereich 5,30 Meter breit sei. Sie geht davon aus, dass hier ohne weiteres Parkplätze markiert werden könnten. Derzeit parkten die Anwohner dort unerlaubt und müssten daher Verwarnungen hinnehmen. Offizielle Parkplätze würden die ungeordnete Situation beseitigen, was einen Beitrag zu mehr Sicherheit darstelle.

Herr Binding sieht den Beweggrund der Anregung in der Tatsache, daß der Antragsteller eine verkehrsrechtliche Verwarnung erhalten habe. Das Begehren nach offiziellen Parkplätzen in diesem Bereich sei nur vordergründig.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer befürchtet eine allgemeine Verkehrsgefährdung, wenn an der benannten Stelle Parkplätze markiert werden. Es gebe dort einen ausgewiesenen Schulweg. Zudem werde der Radweg in beiden Richtungen genutzt. Des Weiteren gebe es zwei Aus- und Einfahrten, so dass parkende Fahrzeuge eine Sichtbehinderung darstellten.

Herr Freese möchte wissen, ob der Parkdruck in diesem Bereich die Ausweisung zusätzlicher Parkplätze erfordere. Rein von den Maßen her sei dies möglich.

Herr Wolfgarten betont, parkende Fahrzeuge an dieser Stelle seien eine extreme Sichtbehinderung.

Stadtbaurat Schmickler geht davon aus, daß ein in beiden Richtungen genutzter Radweg breiter als 1,50 Meter sein müsse. Zudem müsse zwischen den beantragten Parkplätzen und dem Radfahrstreifen ein Sicherheitsstreifen verbleiben. Insoweit seien die benannten 5,30 Meter für Gehweg, Radweg und Parkplätze zu wenig. Der Parkdruck sei in diesem Bereich nicht so groß, da es in lediglich 50 Meter Entfernung Parkmöglichkeiten gebe.

Frau Graner entgegnet, das 10 Meter vor und 10 Meter hinter dem benannten Bereich Rad- und Fußweg bereits eingeengt seien. Akzeptieren könne sie nur das Argument der Sichtbehinderung.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion folgenden **Beschluß**:

Die Anregung wird zurückgewiesen.

9 **Anregung vom 12.11.2001 zur Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen im Bereich Plackenbruch**
Antragsteller. Dipl. Ing. Günter Klatt, Wilhelm- Klein- Str. 15, 51427 Bergisch Gladbach

Herr Freese sieht den in der Vorlage benannten Zeithorizont „bis Mitte 2002“ als nicht gerechtfertigt an. Es handele sich um Vorhaben- und Erschließungspläne und nicht um ordentliche Bebauungspläne. Zudem habe der Investor angeboten, die Planungen selbst zu erarbeiten und die Verwaltung hierdurch zu entlasten. Auch ihm sei das ergänzende Schreiben des Antragstellers vom 22.11.2001 zugegangen. Aus seiner Sicht müsse es möglich sein, den zeitlichen Rahmen unter Berücksichtigung des Angebotes des Investors zu verkürzen.

Herr Dr. Kassner bestätigt den Eingang des benannten Schreibens und kündigt an, dass es der Niederschrift als Anlage beigelegt wird. Danach verliest er dessen Inhalt. Der Antragsteller sehe das pflichtgemäße Ermessen nur dann korrekt ausgeführt, wenn die Vorhaben- und Erschließungspläne so schnell wie möglich den zuständigen politischen Gremium zur Entscheidung vorgelegt werden.

Stadtbaurat Schmickler betont den Willen der Verwaltung, die Anträge in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen korrekt zu bearbeiten. Der Sachstand der Angelegenheit sei dem Planungsausschuß in seiner letzten Sitzung unter Beifügen der aktuellen Pläne hinreichend erläutert worden. Dieses Gremium sei den Vorschlägen der Verwaltung hinsichtlich des weiteren Vorgehens gefolgt. Schon damit sei dem Gesetz Genüge getan worden, denn der Planungsausschuß vertrete in diesem Fall die Gemeinde. Er entscheide, ob Bauleitplanverfahren eingeleitet werden oder nicht. Nicht vorgegeben sei nach den Rechtsvorschriften die Einhaltung einer bestimmten Frist oder die Durchführung des vom Antragsteller gewünschten Verfahrens. Insoweit habe die Verwaltung ihr pflichtgemäßes Ermessen einwandfrei ausgeübt. Sachnotwendig sei es, im Vorfeld bestimmte Dinge zu klären, um die Bauleitplanverfahren rechtssicher durchführen und beenden zu können. Es gehe um die Darstellung des zu überplanenden Bereiches im Flächennutzungsplan und die Einstufung im Landschaftsplan Nr. 4.

Die Verwaltung wolle vom Angebot des Vorhabenträgers keinen Gebrauch machen, da es unterschiedliche Auffassungen gebe. In einer Besprechung sei diesem verdeutlicht worden, welche Voraussetzungen zunächst zu erfüllen seien. Dieser bewerte die Angelegenheit jedoch anders und betrachte die Durchführung der städtebaulichen Voruntersuchung als nicht erforderlich. Genau hierauf sei der Planungsausschuß aufmerksam gemacht worden. Die Verwaltung werde sich bemühen, den anvisierten Zeithorizont einzuhalten, wenn nicht gar zu unterschreiten. Intern seien notwendige Schritte bereits eingeleitet worden. Er betont, daß die Vielzahl der Anträge für diesen Bereich sachgerecht abgearbeitet werden.

Herr Freese beantragt, den Vorgang auf Grund des Schreibens vom 22.11.2001 in den Planungsausschuß zu überweisen. Die Verwaltung könne die Angelegenheit in einer Vorlage aufarbeiten und diesem Gremium aktuell zur Beschlußfassung unterbreiten. Dann stelle sich heraus, ob das Verwaltungshandeln in dieser Sache richtig sei.

Herr Binding geht davon aus, dass sich der Planungsausschuß hinreichend mit der Angelegenheit befasst hat. Das Schreiben vom 22.11.2001 sei im übrigen auch dort bereits bekannt. Handlungsbedarf sei nicht erkennbar.

Auch Herr Wolfgarten sieht keine Notwendigkeit für eine erneute Behandlung im Planungsausschuß.

Herr Dr. Kassner schlägt als Kompromiss vor, gegenüber dem Antragsteller zwar auf der vom Planungsausschuß festgelegten Linie zu beharren, gleichzeitig aber eine zügige und sachgerechte Bearbeitung zuzusichern.

Herr Freese beharrt auf seinem Antrag.

Sodann lehnt der Ausschuß diesen mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative ab.

Danach faßt der Ausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD folgenden **Beschluß:**

1. **Die Anregung wird zurückgewiesen.**
2. **Der Ausschuß für Anregungen und Beschwerden bestätigt die vom Planungsausschuß in der Sache festgelegte Vorgehensweise. Dies ist dem Antragsteller mitzuteilen, nicht ohne ihm gleichzeitig zuzusichern, daß die Verwaltung den für die weitere Bearbeitung in Aussicht genommenen Zeithorizont nach Möglichkeit einhält bzw. unterschreitet.**

10 **Anfragen der Ausschusmitglieder**

Es gibt keine Anfragen.

Herr Dr. Kassner schließt die öffentliche Sitzung.

Dr. Uwe Kassner

Peter Kredelbach